ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 53/54
GRUNDSTÜCKE

Nummer 129

Berliner Börsen-Zeitung

Abendausgabe · Preis 200 Mk. 68. Jahrgang Sonnabend, 17. März 1923

Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR. 7/8

Rosenbergs Rede vertagt.

Der Außenminister Dr. von Rosenberg wird, wie nunmehr feststeht, seine große für Dienstag angekündigte Rede nicht in dieser Woche halten, sondern vermutlich erst nach Ostern. Der Grund hierfür liegt darin, daß der Hauptausschuß des Reichstags seine Etatsberatungen noch nicht genügend gefördert hat, sodaß der Etat des Auswärtigen Amts im Plenum jetzt noch nicht zur Behandlung kommen wird. Der Außenminister wird daher seine Rede verschieben, bis die Beratung seines Etats im Plenum erfolgen kann.

Keine belgische Truppenverstärkung.

EE Brüssel, 17. März.

Die Belgische Telegraphenagentur dementiert die Nachricht, daß Belgien 5000 Mann neue Truppen ins Ruhrgebiet entsenden wolle. Die belgischen Truppen würden Anfang April abgelöst werden. Die neuen zu entsendenden Truppen würden genau so stark sein wie die augenblicklich im Ruhrgebiet stehenden belgischen Einheiten.

Deutschland und das Godley-Payot-Abkommen.

EP London, 17. März.

„Daily Telegraph" glaubt zu wissen, daß die deutsche Regierung der englischen Regierung vor 3 Tagen mitgeteilt habe, sie erhebe keine Einwendung gegen die Durchführung des Abkommens Godley-Payot über die französischen Militärtransporte durch die besetzte englische Zone. Eine offizielle Notifizierung sei aber bisher nicht eingetroffen. Die Beziehungen zwischen den französischen und englischen Militärbehörden seien jetzt wieder die herzlichsten. Auch in der Frage des Transithandels habe sich die Lage gebessert. Den englischen Einwendungen Folge leistend, habe Poincaré außerdem beschlossen, daß die von Frankreich in Baden neubesetzten Gebiete nicht der Autorität der Rheinlandkommission, sondern direkt dem General Degoutte unterstellt werden sollen.

Neue Prüfung der Rheinlandwährung.

EE Paris, 17. März.

Aus Koblenz wird gemeldet: Die Studienkommission, die von der französischen und belgischen Regierung eingesetzt wurde, um eine rheinische Währung zu schaffen, beauftragte einige ihrer Mitglieder, sich in das Ruhrgebiet zu begeben, um dort mit dem französischen Oberkommissar Tirard, dem belgischen Oberkommissar Baron Mallin-Jacquemynes und dem General Degoutte zusammenzutreffen. Die erste Besprechung zwischen den Oberkommissaren und den technischen Ratgebern fand gestern morgen in Koblenz statt. Es sollen insbesondere die Modalitäten der Ausgabe des rheinischen Geldes erwogen werden. Die französischen und die belgischen Delegierten begaben sich in Fortsetzung ihrer Mission nach Düsseldorf.

Drei Ziele.

Tardieu über die Ruhrbesetzung.

Paris, 17. März.

Tardieu beschäftigt sich heute mit der Ruhrbesetzung. Er schreibt: Die Brüsseler Konferenz hat beschlossen, daß wir imstande sein müssen, das Ruhrgebiet je nach den Erfüllungsverpflichtungen vor Deutschland zu räumen. Das ist sehr gut, aber wenn sich ereignet, was sich seit vier Jahren ereignet hat, und Deutschland nach einem kurzen Erfüllungsbeginn seine Ausführungen wieder einstellt, dann werden wir uns wieder in der Lage befinden, in der wir uns gestern in Mainz und Düsseldorf waren, und in der wir uns heute auch in Essen und Bochum befinden. Tardieu fällt die Behauptung auf, damit die Ruhrbesetzung politisch wirkungsvoller sei, müsse sie wirtschaftlich produktiv sein. Damit sie wirtschaftlich produktiv sei, müsse sie militärisch befriedigen. Mit den jetzigen Truppenmengen sei man unfähig, die Sicherheit der Arbeiter zu gewährleisten, die geneigt sind, Koks zu verladen. Auch sei eine tatsächliche Bewachung der Eisenbahnen und der Landstraßen notwendig. Tardieu verlangt ferner eine öffentliche Erklärung des französischen Willens, durch Zwang, nämlich durch Blockade und durch Ausbeutung der Gruben, auf die politische Aktion des Deutschen Reiches einen Druck auszuüben. Hierfür sei es nötig, über genügend Soldaten zu verfügen, damit man die beiden Ziele erreichen könne. Es wird ferner für das Ruhrgebiet eine einige Autorität verlangt, die ohne ständiges Eingreifen von Paris über die notwendigen militärischen und technischen Transportmittel verfügt. Von Verhandlungen dürfe nicht gesprochen werden, bevor diese drei Ergebnisse tatsächlich erzielt seien.

Die Aktion gegen die Rheinhäfen.

Köln, 16. März.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Gelsenkirchen: Belgische Truppenabteilungen haben die Rheinhäfen von Walsum und Schwelgern (Thyssenhafen) besetzt. Verkehrsdirektor Boulanger von der August Thyssenhütte wurde wegen Nichtbefolgung eines militärischen Befehls verhaftet. Desgleichen wurde der Direktor und Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Gute Hoffnungshütte Schirmansky verhaftet.

Ein mißglückter Raub.

Mth Essen, 17. März.

Das Rathaus Essen-Rüttenscheidt, in dem Vorschußzahlungen an ausgewiesene Familien von Schutzpolizeibeamten erfolgen sollten, wurde von französischen Kriminalbeamten umstellt. Die Verwaltung hat jedoch unauffällig das Gebäude geräumt, sodaß kein Geld in die Hände der Franzosen fiel.

Paris macht deutsche Vorschläge.

Merkwürdiger Eifer.

Paris, 17. März.

In Paris dauert die Besprechung angeblicher deutscher Vorschläge unvermindert an.

Ein Artikel Pertinax' im „Echo de Paris" trägt die sensationelle Ueberschrift „Die Vorschläge Deutschlands". In diesem Artikel heißt es, man glaube zu wissen, daß seit etwa drei Wochen ein deutscher Reparationsplan ausgearbeitet werde. In diesem Plane seien zwei Etappen vorgesehen. In der ersten Etappe würde Frankreich und Belgien ermächtigt sein, einige Truppen im Ruhrgebiet beizubehalten, aber sie müßten von dort alle ihre Ingenieure und Beamte zurückberufen. Auf dem linken Rheinufer würde das durch das englisch-französisch-amerikanische Abkommen vom 28. Juli 1919 eingeführte Regime wieder hergestellt werden. Ein Teil der Kohlen und des Kokes im Ruhrgebiet würde den Alliierten geliefert, Sachlieferungen würden organisiert werden. Den Alliierten würde außerdem ein Teil der deutschen Industrie angeboten werden. Nach und nach würde man auf diese Weise zur Wiederaufnahme der Barzahlungen und zur Unterbringung von internationalen Anleihen gelangen. In der zweiten Etappe müßte natürlich das Ruhrgebiet von jeder Garnison befreit werden. Dies sei das den französischen Interessen günstigste Programm, das man in Berlin ins Auge faße. Es sei unnütz, wenn man den entscheidenden Punkt der französischen Politik verkenne, nämlich die direkte Ausbeutung des Ruhrgebietes unter französischer Autorität, eine Ausbeutung, die allein die Reparationszahlungen von dem guten oder schlechten Willen Deutschlands unabhängig machen soll. Diese Information stamme aus einer ernsthaften Quelle, sie könnte jedoch lediglich die Politik vom 11. Januar, d. h. also die Politik der Ruhrbesetzung, bestätigen. Man müsse jede offizielle Unterhaltung ablehnen. Herr Stinnes vermehre andauernd seine Aufforderungen zu einer derartigen Unterhaltung.

Auch das „Petit Journal" beschäftigt sich mit den angeblichen deutschen Angeboten unter der Ueberschrift: „Die Gerüchte über deutsche Vorschläge beweisen, daß Deutschland manövriert, nicht aber, daß es gesonnen ist, nachzugeben". Was von allen diesen Gerüchten übrigbleibt, schreibt das Blatt, ist die Tatsache, daß die belgisch-französischen Bedingungen über die Räumung des Ruhrgebiets in Deutschland den tiefsten Eindruck hervorgerufen haben. Das Blatt glaubt, einen Druck der Industriellen und auch der Arbeiter auf die Regierung feststellen zu können, ohne daß dieser unbedingt einen sofortigen Einfluß auf die Berliner Regierung haben wird. Das Kabinett Cuno wird nicht so bald kapitulieren. Alles, was wir im Augenblick erleben, sind diplomatische Manöver.

Keine Interventionen, aber Besprechungen.

EE London, 17. März.

Reuter veröffentlicht folgende Note: Gegenüber den Gerüchten, die neuerlich verbreitet werden und behaupten, die englische Regierung wolle irgend eine Aktion in der Ruhrfrage unternehmen, wird erklärt, daß es vollkommen nutzlos sei, täglich Dementis zu veröffentlichen. Die Gerüchte, als ob England gegenwärtig oder in nächster Zukunft intervenieren könnte, seien vollkommen unbegründet. Deutschland solle selbst Schritte bei Frankreich und Belgien unternehmen, z. B. könnte die deutsche Botschaft in Paris bei der Reparationskommission einen Schritt tun. Seit Beginn der Besetzung habe sich England von der Reparationskommission vollständig ferngehalten, habe aber für Frankreich immer die freundschaftlichsten Gefühle empfunden.

EE Paris, 17. März.

Aus Washington wird dem „New York Herald" gemeldet: Nach der gestern von Staatssekretär Hughes abgegebenen Erklärung, daß die Vereinigten Staaten ihre Vermittlung in der Ruhrangelegenheit nicht angeregt hätten, wurde heute vom Staatsdepartement eine neue Erklärung abgegeben. Danach würde Amerika nur dann intervenieren, wenn es von Frankreich dazu aufgefordert würde. Eine Mitteilung in diesem Sinne wurde England und Deutschland zugesandt. Man dementiert keinesfalls die Nachricht, daß die diplomatischen Besprechungen fortdauern, an denen das Staatsdepartement teilnimmt. Doch glaubt man nicht, daß Frankreich das deutsche Angebot auf Zahlung von 30 Milliarden annehmen würde, wenn die Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen würden, und außerdem Frankreich feste Garantien für seine vollkommene Sicherheit erhielte.

Auch der „Matin" will Verhandlungen.

EP Paris, 17. März.

Der „Matin" veröffentlicht mit Bezug auf die Gerüchte über die Vermittlungs- und Interventionsversuche folgende, anscheinend inspirierte Meldung: Bis jetzt hat Deutschland nur in London einen Schritt unternommen, der den Zweck verfolgte, England von vornherein an den deutschen Vorschlägen zu interessieren. Der deutsche Botschafter war allerdings auf eine Ablehnung der englischen Regierung gefaßt. Aber er dachte, daß es den Wünschen der englischen Politik entspreche, wenn er die englische Regierung um Rat und Meinung in der Unterhandlungsfrage ersuche. Die französische Regierung versucht nicht zu bestreiten, daß, wenn Vorschläge von Deutschland entweder an die Reparationskommission oder an die alliierten Mächte gerichtet werden, England und auch Italien an der Konferenz teilnehmen könne An der diese Vorschläge geprüft werden sollen. Aber sie zweifelt daran, daß Bonar Law in dieser Richtung vorgehen, oder sich in irgendwelcher Art zum Fürsprecher für Deutschland machen werde. Wenn diese Konferenz außerdem stattfinden sollte, um einen bestimmten Text zu prüfen, so läge keine Veranlassung vor, darüber zu erschrecken. Diese Konferenz wird sich von den vorhergegangenen dadurch wesentlich unterscheiden, daß Frankreich und Belgien, anstatt um die Erlaubnis zu ersuchen, Pfänder ergreifen zu dürfen, wirklich die Pfänder diesmal in Händen habe. Man lege keinen Beweis von Optimismus ab, wenn man feststelle, daß in den letzten Tagen die Besetzung befriedigende Fortschritte in der produktiven Organisation in den besetzten Gebieten gemacht habe. Die deutschen Eisenbahner versuchen in immer größerer Anzahl in die Dienste der rheinischen Eisenbahnregie zu treten (!).

Der große Unbekannte.

EE Paris, 17. März.

Aus London wird dem „Cablogramme" gemeldet: Das deutsche Projekt wegen Lösung des Ruhrkonfliktes gibt zu Mißverständnissen Anlaß. Deutschland soll keineswegs die Absicht haben, Frankreich oder einem anderen Staate einen sofortigen Vorschlag zu machen. Es würde sich nur auf die Mitteilung beschränken, daß es einen Plan vorbereitet habe, und bereit sei, ihn vorzulegen, wenn es die Sicherheit habe, daß dieser Plan geprüft würde. Es scheint, daß es der Vertreter einer großen neutralen Macht in London ist, der über die Absichten der Berliner Regierung unterrichtet wurde. Wenn das Projekt, um das es sich handelt, von der Reichsregierung gebilligt wird, so wird Dr. Rosenberg in dieser Hinsicht am nächsten Montag im Reichstag eine Erklärung abgeben.

EE London, 17. März.

„Daily Telegraph" schreibt, der tschechische Außenminister Dr. Benesch sei tatsächlich von der deutschen Regierung gebeten worden, die Eröffnung von Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland zu ermöglichen. Er lehnte aber eine derartige Mission ab, weil er die Stimmung in Paris sehr genau kennt.

Vermutungen und Kombinationen.

Die Hearst Presse glaubt neue deutsche Reparationsvorschläge wiedergeben zu können, doch handelt es sich hier lediglich um den alten deutschen Plan, die der Pariser Konferenz vorgelegt werden sollte. Dieser Plan kann heute nicht mehr in Frage kommen, da durch die Ruhrbesetzung Deutschlands Leistungsfähigkeit stark herabgemindert worden ist. Andere Blätter beschäftigen sich wieder mit Reisen der Missionen bekannter Persönlichkeiten, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen stehen sollen. So erklärt der Korrespondent des „Petit Parisien" in Berlin, daß man in Berliner gut informierten politischen Kreisen versichert, daß eine bekannte englische finanzielle Persönlichkeit — nämlich der Direktor der Bank von England Montagu Norman — morgen in Berlin, aus Paris kommend, eintreffen werde, um mit der Reichsregierung Fühlung zu nehmen. Dieser allerdings nicht offizielle Besuch habe den Zweck, den neuen Reparationsplan der deutschen Regierung zu prüfen.

An sämtlichen in Frage kommenden zuständigen Berliner Stellen ist von einer solchen Reise Normans nichts bekannt.

Aus Paris wird ferner gemeldet, daß der frühere Staatssekretär von Haniel mit einer wichtigen diplomatischen Mission in Paris betraut worden soll. In politischen Kreisen verlautet, daß von Haniel zum kommenden deutschen Botschafter in Paris ausersehen sei. Auch hier handelt es sich um eine Erfindung der Pariser Journalisten. Die Frage der Neubesetzung des Botschafterpostens in Paris ist aus sehr begreiflichen Gründen zurzeit nicht akut.

Unrichtig ist im übrigen auch die Meldung, daß heute Verhandlungen zwischen der Industrie und der Reichsregierung über das Reparationsproblem stattfinden. Solche Verhandlungen finden zurzeit nicht statt, da ein Anlaß hierfür nicht gegeben erscheint.

Kleine Nachrichten.

Aus Hull wird dem „Manchester Guardian" mitgeteilt, daß etwa 80 Schiffe mit Kohlen nach deutschen Häfen abgehen sollen, im ganzen würden eine 50 000 Tonnen Kohlen täglich nach dem Kontinent verladen.

*

Der französische Senat hat gestern das Militärgesetz mit 208 gegen 4 Stimmen angenommen.

*

Die französische Kammer hat gestern mit 466 gegen 67 Stimmen beschlossen, die sozialistische und die kommunistische Interpellation über die Zurückhaltung der Jahresklasse 1921 zu vertagen.

*

Die französische Regierung hat beschlossen, sich an dem Begräbnis der beiden in Ruhr getöteten Franzosen durch die Marschälle Fayolle und Franchet d'Esperay vertreten zu lassen.

*

Die Verschmelzung der nationalistischen und der faszistischen Partei wird in ganz Italien am 20. April, dem Jahrestage der Gründung Roms gefeiert werden.

*

Nach einer Meldung aus Konstantinopel haben 5 Zerstörerboote, die bisher vor Tschanak lagen, sowie 8 Zerstörerboote, die im Hafen von Mudros verankert waren, Befehl erhalten, nach London bzw. nach Malta zurückzukehren.

Die „Hilfe vom Osten".

Von

Dr. Richard Bahr.

Nach und nach ist die trübselige Erkenntnis so wohl Allgemeingut geworden in Deutschland, daß in dem großen Entscheidungskampf, der zwischen Ruhr und Rhein gekämpft wird, wir auf Unterstützung aus dem Westen nicht zu rechnen haben. Die englischen und amerikanischen Mühlen scheinen zwar ein wenig nun zu mahlen, aber sie mahlen so langsam, daß das Deutsche Reich verdorben und gestorben sein könnte, ehe von dort uns irgend welche wirksame Förderung erwüchse. Darüber, wie gesagt, ist alle Welt nachgerade sich einig. Nicht so, was die Hilfe aus dem Osten angeht. Man kann in jeder Gesellschaft auf Leute stoßen, die einen besseren nehmen und mit schlauem Augenzwinkern die alberne Geschichte von den Putilow-Werken erzählen, in denen angeblich unter deutscher Leitung Munition und weiß Gott was sonst noch für den bevorstehenden gemeinsamen Befreiungskampf hergestellt würde. Und selbst Männer aus der Hochschicht deutscher Bildung sind bisweilen erstaunt und aus ihren schönsten Traumhimmeln gerissen, wenn man sie dann fragt, ob sie sich wohl klar machten, was von einem Deutschland, über das kriegführend die Horden der Roten Armee sich ergossen, im besten Fall noch übrig bleiben könnte. In diesen schmerzlichen Phantasieren geht die Saat der bolschewistischen Tischpropaganda im Smoking auf. Sie alle sind der „Potemkinschen Fabrik" erlegen, dem systematischen sowjetrussischen Bluff, der ihnen an ein paar in Leere und unter den Produktionskosten arbeitenden Betrieben ein wieder zu Handel und Wandel, zu Gewerbefleiß und planmäßiger Erzeugung erwachendes Rußland vortäuschte. Zeitweilig — ich weiß nicht, ob das heute noch der Fall ist — stand man selbst in Kreisen, die sich von Amts wegen mit den russischen Dingen zu befassen haben, diesen Vorstellungsreihen nicht ganz fern. Man redete allen Ernstes sich ein: mit dem Uebergang zum Staatskapitalismus hätten die Sowjetgewaltigen den Rubikon überschritten. Nun wäre es nur eine Frage der Zeit, der logischen, sozusagen zwangsläufigen Entwicklung, daß auch Rußland in die Bahnen der Gesittung zurücklenkte, nach dem Ausflug in ein Wolkenkuckucksheim greuelvoller Barbarei wieder zu den ökonomischen Formen, in denen sonst in der Welt das Getriebe sich zu erhalten pflegt.

Wer sich die Mühe nimmt, gelegentlich in der dieser Beziehung durchaus offenherzigen russischen Presse zu blättern, weiß es besser. Der weiß, daß die Erzeugung der russischen Industrie im großen Durchschnitt sich zwischen 10—30 Prozent der Vorkriegsproduktion bewegt. Daß es auch heute noch Unternehmungen gibt, die sich im wesentlichen auf den Ausbeverkauf der alten Vorräte beschränken, und daß dieser Verfall sich auch auf das russische Dorf erstreckt, das an sich zwar altlip sein könnte, doch längst kaum noch den eigenen Bedarf deckt, weil es an Saatgut fehlt, infolge früherer Mißernten, an Zugvieh, an Düngemitteln und darüber hinaus, indes nicht erst seit heute oder gestern, an jedweder Neigung zu intensiver Wirtschaft. Es gehört zu den kreisellosen Binsenwahrheiten der Weltgeschichte, daß die bolschewistische Regierung trotzdem in diesen Wochen 3 Mill. Pud Getreide gegen Devisen ausgeführt und, wie in der „Roten Fahne" zu lesen war, eine großzügige, nicht großmütige Spende für die darbenden deutschen Arbeiter angekündigt hat. Wenn die Vokabel überhaupt in dem Lexikon der durchaus moralinfreien Herren vorkäme, müßte man den Sowjetbeherrschern zurufen: Charity begins at home. Von neuem zieht, Verderben speiend, der Hunger durch das weite russische Land. Selbst auf der einst durch Rekordernten ausgezeichneten ukrainischen Schwarzerde sind heute schon 10 Millionen Menschen von ihm bedroht und auch die offiziellen bolschewistischen Blätter — andere werden in dem Sonnenstaat radikaler Freiheit immer noch nicht geduldet — bekennen kleinlaut, daß die Hungersnot heuer weit größer werden möchte als in den Schreckensjahr 1921, das zum ersten Male in erheblichem Ausmaß den Kannibalismus gebar.

Ob die bolschewistische Außenpolitik uns dennoch nicht zur Entlastung gereichen könnte? In einem Punkte geschieht das gewiß. Die polnischen Insurgentenscharen, die, wie glaubwürdig versichert wird, über 50 000 Mann stark bei Kattowitz aufmarschiert waren, hätten vermutlich sich nicht an Heerschau und herausfordernden Proklamationen genügen lassen, wenn die Nähe der Roten Armee ihren und ihrer Warschauer Connationalen Tatendrang nicht andauernd dämpfen würde. Im übrigen aber wird die Außenpolitik der Sowjetrepubliken genau wie die anderer, regulärer Staaten ausschließlich von den eigenen Interessen erlenkt. In bezug auf Polen gehen deutsche und russische Interessen, ohne schlechthin sich zu decken, eine gute Wegstrecke parallel. Ganz anders liegt der Fall bei dem französisch-deutschen Streit. Auf dem Höhepunkt des Angora-Zwists hat die Sowjetregierung in lebhafter sittlicher Entrüstung gegen den Ruhreinfall protestiert und dieser Tage hat sie um Memel, freilich ohne dabei des doch in erster Reihe geschädigten Deutschland zu gedenken, der Entente abermals ihre protokollierte Unzufriedenheit übermittelt. Aber zwei Seelen wohnen, ach, in dieser sowjetrussischen Brust. Die eine, imperialistische, mit der die Krenzkoligarchie den russischen Zoren sich verwandt fühlt und gleich ihnen daran geht, nach dem Zusammenbruch „die Länder zu sammeln". Und die andere, betont bolschewistische, die, trotz Rubikon und Staatskapitalismus, vor allem die Propagandierung der kommunistischen Revolution bejaht. Noch kurz bevor die Paralyse, die sein Leben zerstört, ihn aus den Reihen der Kämpfer strich, hat Uljanow-Lenin die Abiturienten (so wird man sie am Ende nennen dürfen) der Moskauer kommunistischen Agitatorenschule angefeuert: „Ihr müßt die soziale Revolution in Europa beschleunigen, sonst werden wir im eigenen Hause gezwungen sein, noch mehr entgegenzukommen, was sehr unerwünscht wäre. Augenscheinlich werden 1923 Kämpfe wegen Gründung des Arbeiterregimes beginnen. Ich sehe im Frühjahr in Deutschland heftige Klassenkämpfe voraus, aus denen die Kommunisten mit Hilfe der Roten Armee als Sieger hervorgehen müssen." Diesem bolschewistischen Ausdehnungsdrang wäre mit einem schiedlich-friedlichen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland, einer Wiederaufrichtung und dauernden Befriedung Mittel-